

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 06 | 12.02.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Auflage

Andreas Janko

Staats- und Verwaltungsorganisation

Das in 2. Auflage neu erschienene Studienbuch „Staats- und Verwaltungsorganisation“ von Univ.-Prof. Dr. Andreas Janko vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis der Staats- und Verwaltungsorganisation. Es behandelt damit zentrale Themen sowohl aus dem Fach „Verfassungsrecht“ als auch aus dem Fach „Verwaltungsrecht“.

ISBN 978-3-902883-45-2, 2. Auflage, XI und 151 Seiten, Harteinband, 30 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 57/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die **Verordnung des Bundesministers für Inneres über die vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zu bestimmten Nachbarstaaten** geändert wird

[BGBl II 58/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (**4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-SchuMaV**)

[BGBl II 60/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmegesetz** geändert wird

[BGBl II 63/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B.1.351) getroffen werden (**COVID-19-Virusvariantenverordnung – COVID-19-VvV**)

[BGBl II 64/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Verordnung betreffend die Durchführung der Impfung gegen SARS-CoV-2 im niedergelassenen Bereich** geändert wird

[BGBl II 65/2021](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die **Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Rechnungslegung von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen** geändert wird

[BGBl II 66/2021 \(Anlage 1; Anlage 2; Anlage 3; Anlage 4\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die **Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz-Durchführungsverordnung** geändert wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 47 v 10.02.2021, 1](#)

Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2021/118 des Berichtigungshaushaltsplans Nr 9 der Europäischen Union für das **Haushaltsjahr 2020**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

22.09.2020, [E 1353/2020 ua](#)

AsylIG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status subsidiär Schutzberechtigter** betreffend eine Familie irakischer Staatsangehöriger; keine Auseinandersetzung mit der spezifischen Gefährdungslage der Familie mit drei minderjährigen Kindern sowie dem Bestehen einer innerstaatlichen Fluchtalternative

07.10.2020, [E 1652/2020 ua](#)

ZPO; Zurückweisung eines Antrags auf **Wiedereinsetzung in den vorigen Stand** gegen die Versäumung der Frist zur Erhebung einer Beschwerde; Beginn des Fristlaufs bereits mit der Möglichkeit zur Aufklärung des Irrtums

07.10.2020, [E 2741/2020](#)

ZPO; Zurückweisung der von einem **Erwachsenenvertreter** verfassten Beschwerde und eines Antrags auf Bewilligung der **Verfahrenshilfe** mangels Bestellung des Erwachsenenvertreters zur Vertretung gegenüber Gerichten

08.10.2020, [E 2908/2020](#)

TelekommunikationsG; Ablehnung der Behandlung einer Beschwerde betreffend den **Ausschluss der Parteistellung** von „Anrainern“ von Funkanlagen nach dem TelekommunikationsG

24.11.2020, [V 397/2020](#)

Wr TierhalteG; Gesetzeswidrigkeit einer **Hundeverbotszone** im Wiener Prater wegen signifikanter Abweichung des Aufstellungsortes der Hinweistafel vom räumlichen Geltungsbereich der VO

28.11.2020, [G 299/2020](#)

ExekutionsO; **ZPO**; keine Verletzung im **Recht auf ein faires Verfahren** betreffend den Widerspruch Dritter bei der **Exszindierungsklage** nach der ExekutionsO auf Grund mehrerer Rechtsschutzmöglichkeiten und insbesondere der Möglichkeit der Aufschiebung der Exekution zugunsten eines Unterbestandnehmers durch Leistung einer Sicherheit

09.12.2020, [G 304/2020](#) (Anlassfall [E 1642/2019](#))

Bgld Naturschutz- und LandschaftspflegeG; keine Unsachlichkeit einer Bestimmung des Bgld Naturschutz- und LandschaftspflegeG betreffend die Festsetzung der Höhe einer **Landschaftsschutzabgabe** – geteilt durch 80 für ein Kalendervierteljahr – für den Abbau mineralischer Rohstoffe bei unbefristeter oder 20 Jahre übersteigender **Abbaubewilligung**; kein Eingriff von erheblichem Gewicht durch eine die Höhe der Gesamtabgabe nicht verändernde, lediglich den Verteilungszeitraum verkürzende und insoweit „rückwirkende“ Änderung der Teilbeträge

10.12.2020, [V 338/2020](#) (Anlassfall [E 653/2019](#))

Oö RaumOG; keine Gesetzeswidrigkeit eines Teils des **Flächenwidmungsplans** einer Oö Gemeinde; hinreichende Genauigkeit der planlichen Darstellung und ausreichende Ermittlung der Entscheidungsgrundlagen für die Umwidmung des betroffenen Grundstücks von Bauland in Grünland nach dem Oö RaumOG

10.12.2020, [V 512/2020](#)

COVID-19-MaßnahmenG; Gesetzeswidrigkeit einer VO des Tir Landeshauptmanns betreffend das **Verbot, den eigenen Wohnsitz** – ausgenommen aus triftigen Gründen zur Deckung von Grundbedürfnissen – **zu verlassen**; Ermächtigung des COVID-19-MaßnahmenG nur zur Erlassung von Betretungsverboten für „bestimmte Orte“

10.12.2020, [V 535/2020](#)

COVID-19-MaßnahmenG; **EpidemieG**; Gesetzeswidrigkeit einer VO des Tir Landeshauptmanns betreffend das **Verbot des Überschreitens von Gemeindegrenzen** mangels Ermächtigung nach dem COVID-19-MaßnahmenG; EpidemieG war keine gesetzliche Grundlage der VO des Landeshauptmanns, wegen (damaliger) Zuständigkeit der Bezirksverwaltungsbehörden zur Verordnungserlassung; gesetzliche Grundlage der VO seit der Novellierung des EpidemieG wegen (nunmehriger) Zuständigkeit des Landeshauptmanns zur Verordnungserlassung bei Betroffenheit mehrerer politischer Bezirke gegeben

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

05.06.2019, [Ra 2019/08/0036](#)

ArbeitslosenversicherungsG; Voraussetzung, dass **Vereitelung des Erfolgs einer (Um-)Schulungs- oder Wiedereingliederungsmaßnahme** iSd des § 9 Abs 1 und § 10 Abs 1 ArbeitslosenversicherungsG angenommen werden kann, ist Verschulden des Leistungsbeziehers in Form des Vorsatzes; Erfolg einer Maßnahme kann dadurch vereitelt werden, dass die arbeitslose Person ein vorsätzliches Verhalten an den Tag legt, welches objektiv geeignet ist, den Ausschluss von der Maßnahme zu provozieren; verweigert ein Arbeitsloser Teilnahme an erforderlicher und zumutbarer Maßnahme in objektiver bzw ihm zuzurechnender Kenntnis ihres Inhalts sowie ihrer Zumutbarkeit und Erforderlichkeit, liegt eine ungerechtfertigte Weigerung vor, die Verlust des Anspruchs auf Arbeitslosengeld bzw Notstandshilfe nach § 10 Abs 1 leg cit nach sich zieht

19.02.2020, [Ra 2019/12/0037](#)

ZustellG; **Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung** setzt voraus, dass Behörde alle ihr zu Gebote stehenden Mittel für die Ermittlung der Abgabestelle und die ihr nach den Umständen zumutbaren amtswegigen Ermittlungen zu deren Erforschung ausgeschöpft hat; für die Erfüllung ihrer Verpflichtung, die Abgabestelle einer Person festzustellen, kommen für die Behörde einerseits eine Anfrage an die Meldebehörden, andererseits aber auch Auskünfte von Personen, von denen ange-

nommen werden kann, dass sie die Abgabestelle des Empfängers kennen, in Betracht; Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung ist „ultima ratio“

17.12.2020, [Ro 2020/16/0009](#)

StVO; der Ordnungsgeber knüpft für die **Parkgebührenpflicht** an das Sachverhaltselement eines als Kurzparkzone bezeichneten Gebiets an, ohne auf die konkreten straßenverkehrsrechtlichen Rechtsfolgen in Bezug auf bestimmte Stellen dieses Gebiets abzustellen; das Abstellen eines KFZ ist daher auch dann gebührenpflichtig, wenn es innerhalb einer **gebührenpflichtigen Kurzparkzone** an einer Stelle erfolgt, an der das Parken oder Halten und Parken verboten ist

18.12.2020, [Ra 2019/10/0081, 0082](#)

Stmk NaturschutzG; Fauna-Flora-Habitat-RL; Aarhus-Konvention; keine **Parteistellung der Umweltorganisationen** nach § 5 Stmk NaturschutzG; mit §§ 17, 18 und 19 Stmk NaturschutzG wurden jedoch Bestimmungen des Unionsrechts, nämlich die Fauna-Flora-Habitat-RL und die Vogelschutz-RL, umgesetzt und angewendet; nach Art 9 Abs 3 Aarhus-Konvention und Art 47 GRC sind Mitgliedsstaaten verpflichtet, für Mitglieder der Öffentlichkeit (etwa Umweltorganisationen) einen wirksamen gerichtlichen Schutz der durch das Unionsrecht garantierten Rechte zu gewährleisten; Parteirechte der Umweltorganisationen beschränken sich darauf, im Verfahren die Beachtung der aus dem Unionsumweltrecht hervorgegangenen Rechtsvorschriften überprüfen zu lassen; den Umweltorganisationen kommt nach der Aarhus-Konvention (im Zusammenhang mit Art 47 GRC) das Recht zu, die Einhaltung dieser Bestimmungen überprüfen zu lassen

21.12.2020, [Ro 2020/02/0011](#)

StVO; keine **Verweigerung der Blutabnahme**, wenn unmittelbar davor eine Blutabnahme zu medizinischen Zwecken erfolgt sei und der Rw zustimme, diese im Zuge des Verwaltungsstrafverfahrens verwerten zu lassen; Zustimmungserklärung zur Blutabnahme kann nach stRsp auch konkludent erfolgen; dafür ist aber erforderlich, dass dem Rw zur Kenntnis gebracht wird, aus welchem Grunde die Blutabnahme erfolge; Verdacht einer Alkoholbeeinträchtigung muss bei jenem Organ der Straßenaufsicht entstanden sein, der eine Person iSd § 5 Abs 4a StVO zum Arzt zu bringen beabsichtigt bzw den Verdächtigen mit einem Arzt „in Verbindung“ bringt, was ebenso als eine solche „Verbringung“ anzusehen ist, und zum Zeitpunkt der „Verbringung“ weiterhin aufrecht sein

22.12.2020, [Ra 2020/21/0307](#)

BFA-VG; IPR-G; gem § 10 Abs 1 BFA-VG ist für den Eintritt der Handlungsfähigkeit in Verfahren vor dem BFA und in einem Verfahren zur Erlassung eines Aufenthaltsverbots vor dem BVwG ungeachtet der Staatsangehörigkeit des Fremden österreichisches Recht maßgeblich; Bestimmung ist **lex specialis zum IPR-G**; die Frage des Vorliegens der Prozessfähigkeit ist von Behörde bzw Gericht in jeder Lage des Verfahrens von Amts wegen wahrzunehmen; bei begründeten Bedenken in Bezug auf das **Fehlen der Prozessfähigkeit** ist von Amts wegen zu prüfen und ein entsprechendes Ermittlungsverfahren – in der Regel durch Einholung eines diesbezüglichen Sachverständigenutachtens – zu führen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Nö 28.01.2021, [LVwG-AV-1358/001-2020](#)

EpidemieG; AVG; nach dem Gesetzeswortlaut und den Erl zur RV betreffend § 7 Abs 1 und 1a EpidemieG (RV zu [BGBl I Nr 63/2016](#)) ergibt sich eine Zuständigkeit des BG zur Überprüfung aller iZm freiheitsbeschränkenden Maßnahmen nach dem EpidemieG stehenden Entscheidungen der BVB oder Maßnahmen in Ausübung verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt; da nicht unterschieden wird, ob die freiheitsbeschränkende Maßnahme mit **Mandatsbescheid** gem § 57 oder gem § 56 AVG nach Durchführung eines Ermittlungsverfahrens mit Bescheid erlassen wird, geht der Rechtszug in beiden Fällen an das BG; zur Überprüfung der Zulässigkeit (auch nach Ende der Maßnahme) bzw der Dauer von Absonderungen nach § 7 Abs 1a EpidemieG, die auch gem § 57 AVG erlassene Mandatsbescheide betrifft, ist die **Zuständigkeit** des BG gegeben

LVwG Nö 29.01.2021, [LVwG-AV-1230/001-2020](#)

NÖ BauO; dient eine Einfahrt auch der Zufahrt zu Stellplätzen ist sie Teil einer Abstellanlage iSd § 4 Z 1 NÖ BauO; mit der Legaldefinition des § 4 Z 1 leg cit, die auch die Zufahrt zu einer Abstellfläche der Abstellanlage zurechnet (arg „einschließ-

lich“), bringt der Gesetzgeber zum Ausdruck, dass er die gesamte Anlage als einheitliches Bauvorhaben ansieht; besteht daher für die Stellplätze eine **Bewilligungspflicht** nach § 14 Z 2 leg cit, so schließt diese auch die – der Zufahrt zu diesen dienende – Einfahrt mit ein

LVwG Nö 02.02.2021, [LVwG-AV-1375/001-2020](#)

NÖ AbfallwirtschaftsG; bei der in § 11 Abs 4 NÖ AbfallwirtschaftsG angeführten unzumutbaren Belästigung geht es um Einwirkungen, die von den Müllbehältern auf die Nachbarn oder andere Miteigentümer ausgehen; damit soll die Behörde die Möglichkeit haben, Miteigentümer bzw Nachbarn vor störenden **Immissionen** durch Müllbehälter zu schützen; als Immissionen kommen bei Müllbehältern etwa Beeinträchtigungen durch Lärm, Geruch, Rauch oder Staub in Betracht (vgl § 43 Abs 1 Z 3 AbfallwirtschaftsG bzw § 364 Abs 2 ABGB); das NÖ AbfallwirtschaftsG eröffnet lediglich die Möglichkeit, die Aufstellung der Müllbehälter zur Verhinderung von störenden Immissionen für Miteigentümer bzw Nachbarn vorzuschreiben, nicht aber Angelegenheiten der StVO zu regeln oder Wegerechte einzuräumen; Voraussetzung für eine bescheidmäßige Bestimmung des Aufstellplatzes der Müllbehälter gem § 11 Abs 4 leg cit ist, dass von den betreffenden Müllbehältern eine unzumutbare Belästigung, dh störende Immissionen, für Miteigentümer oder Nachbarn ausgehen

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[10.02.2021, Rs C-56/19 P, RFA International / Kommission](#)

Rechtsmittel – Dumping – Einfuhr von Ferrosilicium mit Ursprung in Russland – Verordnung (EG) Nr 1225/2009 – Art 11 Abs 9 und 10 – Ablehnung der Anträge auf Erstattung entrichteter **Antidumpingzölle** – Rechnerisch ermittelter Ausfuhrpreis – Prüfung, ob sich die Antidumpingzölle in den **Weiterverkaufspreisen** und den **späteren Verkaufspreisen** in der Europäischen Union niederschlagen – Pflicht, die gleiche Methodik wie in der Untersuchung, die zur Einführung des Antidumpingzolls führte, anzuwenden – Änderung der Umstände – Abzug der entrichteten Antidumpingzölle – Schlüssige Beweise

[11.02.2021, Rs C-760/18, M.V. u.a. \(Contrats de travail à durée déterminée successifs dans le secteur public\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Richtlinie 1999/70/EG – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge – Paragraf 5 – Maßnahmen zur Vermeidung von Missbrauch durch aufeinanderfolgende befristete Arbeitsverträge oder -verhältnisse – **Befristete Arbeitsverträge** im **öffentlichen Sektor** – Aufeinanderfolgende Verträge oder verlängerter erster Vertrag – Gleichwertige gesetzliche Maßnahme – In der Verfassung verankertes absolutes Verbot der Umwandlung befristeter in unbefristete Arbeitsverträge – Pflicht zur unionsrechtskonformen Auslegung

[11.02.2021, Rs C-407/19, Katoen Natie Bulk Terminals und General Services Antwerp](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 45 AEUV – Freizügigkeit der Arbeitnehmer – Art 49 AEUV – Niederlassungsfreiheit – Art 56 AEUV – Freier Dienstleistungsverkehr – Ausführung von **Hafenarbeiten** – Hafendarbeiter – Zugang zum Beruf und Einstellung – Modalitäten für die Anerkennung von Hafendarbeitern – Hafendarbeiter, die nicht zu dem von den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehenen Kontingent gehören – Begrenzung der **Dauer des Arbeitsvertrags** – Mobilität der Hafendarbeiter zwischen den verschiedenen Hafengebieten – Arbeitnehmer, die logistische Arbeiten ausführen – Sicherheitsbescheinigung – Zwingende Gründe des Allgemeininteresses – Sicherheit in Hafengebieten – **Schutz der Arbeitnehmer** – Verhältnismäßigkeit

[11.02.2021, Rs C-77/20, K. M. \(Sanctions infligées au capitaine de navire\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Fischereipolitik** – Verordnung (EG) Nr 1224/2009 – Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik – Einsatz einer Vorrichtung an Bord eines Fischereifahrzeugs, mit der Fische automatisch nach Größe sortiert werden können – Art 89 – Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung der Vorschriften – Art 90 – Strafrechtliche Sanktionen – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

B. SCHLUSSANTRÄGE

[10.02.2020, Rs C-546/19, Westerwaldkreis \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung – **Einwanderungspolitik** – **Rückführung illegal** aufhältiger **Drittstaatsangehöriger** – Richtlinie 2008/115/EG – Anwendungsbereich – Gegen einen Drittstaatsangehörigen nach seiner strafrechtlichen Verurteilung verhängtes Einreiseverbot – Gründe der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Sicherheit – Aufhebung der Rückkehrentscheidung – Rechtmäßigkeit des Einreiseverbots

[10.02.2020, Rs C-718/19, Ordre des barreaux francophones und germanophone u.a. \(GA Rantos\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 20 und 21 AEUV – Richtlinie 2004/38/EG – Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats frei zu bewegen und aufzuhalten – **Entscheidung zur Beendigung des Aufenthalts** aus Gründen der öffentlichen Ordnung – Präventive Maßnahmen zur **Vermeidung von Fluchtgefahr** während der Frist für die Ausreise oder ihrer Verlängerung – Gleiche oder ähnliche nationale Bestimmungen, wie sie gemäß Art 7 Abs 3 der Richtlinie 2008/115/EG für Drittstaatsangehörige gelten – Weigerung des Unionsbürgers, einer Entscheidung zur Beendigung des Aufenthalts aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder der öffentlichen Sicherheit nachzukommen – Höchstdauer der Inhaftnahme für die Zwecke der Abschiebung

[10.02.2020, Rs C-719/19, Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid \(Effets d'une décision d'éloignement\) \(GA Rantos\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 21 AEUV – Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – Richtlinie 2004/38/EG – Art 15 – Entscheidung, die die Freizügigkeit beschränkt und nicht aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit erlassen wird – **Unrechtmäßiger Aufenthalt** eines Unionsbürgers im Aufnahmemitgliedstaat – **Ausweisungsverfügung** – Physische Ausreise des Unionsbürgers aus dem Aufnahmemitgliedstaat – Zeitliche Wirkungen der Ausweisungsverfügung – Art 5, 6 und 7 – Möglichkeit für den Unionsbürger, bei seiner Rückkehr in den Aufnahmemitgliedstaat erneut das Recht auf Einreise oder Aufenthalt zu erhalten

[11.02.2020, Rs C-535/19, A \(Soins de santé publics\) \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Recht auf Freizügigkeit und freien Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten – Wirtschaftlich inaktiver Unionsbürger, der seinen Herkunftsmitgliedstaat verlassen hat, um sich zum Zwecke der Familienzusammenführung in einem Aufnahmemitgliedstaat niederzulassen – Ablehnung des Anschlusses an das System der sozialen Sicherheit des Aufnahmemitgliedstaats und der Übernahme von Leistungen der öffentlichen Gesundheitsversorgung – Richtlinie 2004/38/EG – Art 7 Abs 1 Buchst b – Voraussetzung eines ‚**umfassenden Krankenversicherungsschutzes**‘ – Begriff ‚**unangemessene Belastung**‘ – Art 24 – **Recht auf Gleichbehandlung** – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 3 Abs 1 Buchst a – Begriff ‚**Leistung bei Krankheit**‘ – Art 4 und Art 11 Abs 3 Buchst e – Tragweite – Tatsächliche Integrationsverbindung zum Aufnahmemitgliedstaat – Folgen

[11.02.2020, Rs C-579/19, Food Standards Agency \(GA Tanchev\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung [EG] Nr 854/2004 – Verordnung [EG] Nr 882/2004 – **Amtliche Überwachung** von **Lebensmitteln tierischen Ursprungs** – Recht auf gerichtliche Überprüfung einer Entscheidung eines amtlichen Tierarztes – Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

[11.02.2020, Rs C-901/19, Bundesrepublik Deutschland \(Notion de "menaces graves et individuelles"\) \(GA Pikamäe\)](#)

Richtlinie 2011/95/EU – **Mindestnormen** für die **Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft** oder des subsidiären Schutzstatus – Person mit **Anspruch auf subsidiären Schutz** – Art 2 Buchst f – Tatsächliche Gefahr eines ernsthaften Schadens – Art 15 Buchst c – Ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts – Beurteilung des Grads willkürlicher Gewalt

[11.02.2020, Rs C-910/19, Bankia \(GA Richard de la Tour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/71/EG – Gesellschaften – **Pflicht zur Veröffentlichung eines Prospekts** beim öffentlichen **Angebot von Wertpapieren** oder bei deren Zulassung zum Handel – Qualifizierte und nicht qualifizierte Anleger – **Zivilrechtliche Haftung** gegenüber qualifizierten Anlegern im Fall eines fehlerhaften oder unvollständigen Prospekts

[11.02.2020, Rs C-921/19, Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid \(Éléments ou faits nouveaux\) \(GA Hogan\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung – **Asylpolitik** – **Gemeinsame Verfahren** für die Zuerkennung und Aberkennung des **internationalen Schutzes** – Richtlinie 2013/32/EU – Unzulässigkeitsgründe – Art 40 – Folgeantrag – Neue Elemente oder Erkenntnisse – Beurteilungsmaßstab – Beweislast – Art 19 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – **Schutz vor Abschiebung**

[11.02.2020, Rs C-39/20, Jumbocarry Trading \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Frist zur Mitteilung von Zollschulden** – Aussetzung der Mitteilungsfrist – **Verjährung der Zollschuld** – Zeitlicher Anwendungsbereich der Bestimmung über die Aussetzungsgründe – Grundsatz der Rechtssicherheit – Grundsatz des Vertrauensschutzes

[11.02.2020, Rs C-648/20 PPU, Svishtov Regional Prosecutor's Office \(GA Richard de la Tour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eilvorabentscheidungsverfahren – Polizeiliche und justizielle **Zusammenarbeit in Strafsachen** – **Europäischer Haftbefehl** – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Von der Staatsanwaltschaft eines Mitgliedstaats erlassener nationaler Haftbefehl und Europäischer Haftbefehl – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz – Fehlen gerichtlichen Rechtsschutzes im Ausstellungsmitgliedstaat vor der Übergabe der gesuchten Person an diesen Mitgliedstaat – Recht auf Freiheit – Art 6 und 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

09.02.2021, Beschwerde Nr [40591/11](#), N.Ç. / Türkei

Verletzung von Art 3 EMRK (Verbot der unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung); **Verletzung von Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Strafverfahren wegen Prostitutionsdelikten** in Bezug auf **14 jähriges Kind**; Pflicht der Behörden zum Schutz eines Kindes, das Opfer sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs geworden ist; fehlende Unterstützung und mangelhafte Betreuung des Kindes durch Behörden; Mängel im Strafverfahren

09.02.2021, Beschwerde Nr [9142/16](#), Sağdıç / Türkei

Verletzung von Art 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Artikel in Tageszeitung; Anschuldigung der Planung eines Regierungsumsturzes; besonderer Grad an Stigmatisierung; keine ordnungsgemäße Abwägung zwischen Recht auf Achtung des Privatlebens und Pressefreiheit; mangelnde Berücksichtigung auf Schutz des Rufes; Gefahr der öffentlichen Verurteilung

09.02.2021, Beschwerde Nr [68550/17](#), Ramazan Demir / Türkei

Verletzung von Art 10 EMRK (Freiheit der Meinungsäußerung; Freiheit zum Empfang von Informationen und Ideen); Antrag des Gefangenen (Rechtsanwalt) auf Internetzugang zur Vorbereitung der eigenen Verteidigung; Weigerung der Gefängnisbehörden auf Zugang zu bestimmten Websites; kein allgemeines Recht auf Internetzugang; keine ausreichende Erklärung für Verweigerung des Zugangs

09.02.2021, Beschwerde Nr [15227/19](#), *Xhoxhaj / Albanien*

Keine Verletzung von **Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **keine Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Entlassung einer Richterin nach Überprüfungsverfahren**; Neubewertung der Eignung aller Richter und Staatsanwälte; unabhängige und unparteiische Überprüfungsgremien; faires Verfahren; angemessenes rechtliches Gehör; lebenslanges Berufsverbot wegen schwerwiegender ethischer Verstöße; Verhältnismäßigkeit gegeben; keine Verletzung des Grundsatzes der Rechtssicherheit

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.